



Bundeskanzlerin Angela Merkel empfängt das Präsidium der MIT im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin

Flexiblen Renteneintritt ermöglichen - Fachkräfte im Betrieb halten

Die Rente mit 63 Jahren ist das völlig falsche Signal, denn mit ihr erleichtern wir wieder einen früheren Renteneintritt. Dies steht im massiven Widerspruch zur demografischen Entwicklung in unserem Land. Die Menschen werden immer älter und bleiben dabei zunehmend fitter. Da ist es absurd, Menschen immer früher in den Ruhestand zu schicken. Stattdessen sollten wir alles tun, um Fachkräfte länger in den Betrieben zu halten und eine neue Welle der Frühverrentung zu vermeiden.

Frühverrentungswelle vermeiden

Das Vorhaben der SPD „Rente mit 63“ wurde von der MIT als gesetzlich initiiertes Dauer-Frühverrentungs-Programm mit hohem Ungerechtigkeitsfaktor entlarvt. Die Anrechnung unbegrenzter Arbeitslosenzeiten spricht gegen jegliche ordnungspolitische Vernunft und muss deshalb verhindert werden. Unter keinen Umständen darf die Rente mit 63 zur Dauerlösung werden. Wir müssen

zurück zur Rente mit 65 nach 45 Pflichtbeitragsjahren.

Zusätzliches Signal: Flexi-Rente

Immer mehr Unternehmen suchen händeringend Fachkräfte. In einigen Branchen und Regionen ist der Fachkräftemangel schon heute deutlich spürbar. Deshalb brauchen wir einen Gegenpol zur Rente mit 63. Und dieses zusätzliche Signal heißt: flexibler Renteneintritt. Damit soll es älteren Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern erleichtert werden, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zusammen zu arbeiten. Im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel appellierte das MIT-Präsidium, die Hürden für diejenigen zu senken, die freiwillig länger arbeiten wollen. Gegenwärtig wird eine Weiterbeschäftigung von älteren Fachkräften durch arbeits- und sozialrechtliche Regelungen erschwert. Um mehr Flexibilität beim Renteneintritt zu

ermöglichen, sollte eine befristete Beschäftigung über das Renteneintrittsalter hinaus möglich sein. Außerdem sind Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung zu streichen, da sie keine Auswirkungen auf das Rentenkonto haben und ein Rentner nicht arbeitslos werden kann.

Unterstützung von Fraktionsspitze

Die MIT erhält für ihre Initiative zur Flexi-Rente breite Zustimmung. Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagte gegenüber Spiegel Online: „Da wollen wir arbeitsrechtliche Hürden abbauen und zum Beispiel befristete Arbeitsverhältnisse von über 65-Jährigen ermöglichen“ und greift damit den Vorstoß von Carsten Linnemann auf. „Zudem sollen für Rentner, die weiterarbeiten wollen, keine Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung gezahlt werden müssen“, unterstreicht Kauder und stellt sich damit öffentlich an die Seite der MIT.

**Ausnahmen beim Mindestlohn zulassen:
negative Effekte auf Arbeitsmarkt
eindämmen!**

Seite 2

**MIT-Kreisvorsitzendenkonferenz
fordert: Union muss verstärkt auf
eigene Themen setzen**

Seite 3

**Wechsel in MIT-Bundesgeschäftsstelle:
Thorsten Alsleben wird neuer Haupt-
geschäftsführer**

Seite 4



MIT in den MEDIEN

Bundesvorsitzender Carsten Linnemann transportiert die Positionen der MIT

„Die Union darf nicht die Partei sein, die das Schlimmste verhindert, sondern das Beste macht.“
Die WELT, 6. April 2014

„18 ist zu niedrig. Es kommen für uns zwei Orientierungsgrößen in Betracht. Entweder man orientiert sich an den Niederlanden, dort gilt als Altersgrenze für den Mindestlohn 23. Oder man hat eine abgeschlossene Berufsausbildung.“
DIE WELT, 5. April 2014

„Was wir brauchen, ist ein Gegengewicht zur Rente mit 63. Die Politik muss die demografische Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Deshalb gehört auch die Flexi-Rente ins Rentenpaket.“
Rheinische Post, 1. April 2014

„In Deutschland muss endlich ein attraktives Gründerklima geschaffen werden. Gerade im IT-Bereich fehlt es jungen Unternehmen an der entsprechenden Unterstützung, damit sie mit ihren kreativen und zukunftsweisenden Ideen unser Land nach vorne bringen können.“
Fuldaer Zeitung, 27. März 2014

„Die SPD hat die ersten 100 Tage dazu genutzt, um ihre Lieblingsprojekte ganz oben auf die Agenda zu setzen, darunter die Rente mit 63 und den Mindestlohn. Die Union war hier mehr um Schadensbegrenzung bemüht.“
Handelsblatt, 26. März 2014

„Ich freue mich, dass die SPD endlich wach geworden ist und den Missstand im Steuersystem als das anerkennt was es ist: ein heimlicher Griff in die Tasche des Steuerzahlers.“
DIE WELT, 10. März 2014

„Mein Eindruck ist, dass es dieser Koalition schwer fällt, vom Wahlkampfmodus in den Regierungsmodus umzuschalten.“
Schweriner Volkszeitung, 1. März 2014

„Wer die Energiewende will, muss auch den Netzausbau wollen. Die Mittelstandsvereinigung wird den Energieminister unterstützen – auch gegen die Einzelinteressen der Länder.“
DIE WELT, 8. Februar 2014

„Bei der Rente mit 63 senden wir ein fatales Signal. Wir ziehen genau die Fachkräfte aus der Arbeitswelt, die wir eigentlich brauchen.“
mittagsmagazin (ZDF), 11. Februar 2014

„Wir müssen wieder den Mut haben, über Strukturreformen zu reden.“
markt intern, 4. Februar 2014

„Ich war von Anfang an der Meinung, dass die Mütterrente eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und über Steuern finanziert werden muss.“
Focus Online, 13. Januar 2014

Ausnahmen beim Mindestlohn zulassen - negative Effekte auf Arbeitsmarkt eindämmen!



Carsten Linnemann, hier während seiner Rede auf dem CDU-Parteitag im April in Berlin, kämpft für eine mittelstandsfreundliche Arbeitsmarktpolitik

Die MIT wehrt sich gegen die Pläne von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, bereits ab dem 18. Jahresjahr den vollen Mindestlohn zu zahlen. „Ich halte die Zahl 18 für definitiv zu gering“, stellte Carsten Linnemann gegenüber der Rheinischen Post dar. Nach Ansicht des MIT-Bundesvorsitzenden sollte die Koalition sich vielmehr am niederländischen Vorbild orientieren. In den Niederlanden gilt der volle Mindestlohn erst ab 23 Jahren. Das fordert die MIT auch für Deutschland. Alternativ sollte eine abgeschlossene Berufsausbildung vorgewiesen werden.

Bei der konkreten Ausgestaltung der Mindestlohnregelungen sollte man sich nicht an den Mindestlohn-Ländern

mit der höchsten Arbeitslosigkeit orientieren, sondern an funktionierenden Arbeitsmarktmodellen. Wird der volle Mindestlohn bereits ab 18 Jahren gezahlt werden, besteht die Gefahr, dass junge Menschen lieber jobben gehen, anstatt eine Ausbildung zu absolvieren, in der sie zunächst weniger verdienen.

Arbeitsministerin Nahles hatte zunächst erklärt, sie wolle lediglich Minderjährige bis zur Altersgrenze von 18 Jahren vom Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro ausnehmen. Die MIT kämpfte jedoch für Ausnahme-Regelungen für Ehrenamtliche, Schülerpraktika, Azubis, Lehrlinge und Langzeitarbeitslose, um negative Effekte auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen. So ist nach Auffassung der MIT eine mindestlohnbefreite Berufsorientierungsphase, z. B. für freiwillige Praktika während oder nach dem Studium, dringend notwendig. Die Pläne für die Haftung von Unternehmen für beauftragte Nachunternehmen müssen entschärft werden. Zudem sollten für regionale Tarifverträge die Mindestlohn-Regelungen erst ab dem 1.1.2017 gelten.

Reform des EEG - jetzt Kurs halten!



Dieter Bischoff, stv. MIT-Bundesvorsitzender

Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) umfasst Schritte in die richtige Richtung. So wird das erklärte Ziel einer verpflichtenden Direktvermarktung der Erneuerbaren Energien von der MIT ausdrücklich unterstützt. Auch der Abbau bestehender Überförderungen und die degressive Ausgestaltung der Förderung sind richtig. Fakt ist: Es wird künftig nicht mehr ausreichen, dass die Erneuerbaren ökologisch wünschenswert sind. Sie müssen sich auch am Markt behaupten und ihre Zuverlässigkeit

und Wirtschaftlichkeit unter Beweis stellen. Allein in diesem Jahr werden die deutschen Stromverbraucher rund 20 Milliarden Euro als Differenz zwischen dem tatsächlichen Stromwert und der Einspeisevergütung, welche der Staat den EEG-Stromanbietern einst versprochen hat, bezahlen müssen.

Die Energiewende wird nur dann erfolgreich verlaufen, wenn ein massives Ansteigen der Strompreise verhindert werden kann. Dazu ist jedoch erforderlich, dass ab sofort keine Mehrwertsteuer mehr auf die Stromzusatzkosten erhoben wird. Weg mit der Mehrwertsteuer auf die Stromsteuer sowie weg mit der Mehrwertsteuer auf sämtliche Umlagen, die auf den Strompreis erhoben werden! Die Mehrwertsteuer sollte nur noch auf den reinen Strompreis gezahlt werden. Es ist nicht einzusehen, dass der Staat an den vielen Umlagen (z.B. EEG-Umlage) auch noch in Form von Mehrwertsteuern zusätzlich profitiert. Wir sind mit dem

Grundsatz „Keine Steuererhöhungen!“ angetreten. Diese ungerechten Belastungen sollten den Stromkunden erspart bleiben.

Zudem müssen verstärkt Innovationen in Speichertechnologien gefördert werden, um die volatilen erneuerbaren Energien zum Erfolg zu führen. Mit der bisherigen Praxis, wonach jede Stromeinspeisung belohnt wurde, egal ob sie gebraucht wurde oder nicht, sind jahrelang falsche Anreize gesetzt worden. Hier muss dringend korrigiert werden, zum Beispiel durch die Kopplung der Förderung an das Thema Speicherkapazität. Die erneuerbaren En-

ergien müssen auch in die Verantwortung für den Netzausbau einbezogen werden.

Die Besitzstandswahrer in den Bundesländern und den Verbänden werden aufgerufen, ihren Beitrag für eine marktwirtschaftlich orientierte Reform des EEG zu leisten und die notwendigen Maßnahmen nicht weiter zu verzögern. Ansonsten droht die Reform eine Farce zu werden und eine Dämpfung der Strompreise in weite Ferne zu rücken. Damit würde einer weiteren Deindustrialisierung in unserem Land Vorschub geleistet, die die Wirtschaft nähme schweren Schaden.

MIT-Kreisvorsitzendenkonferenz fordert: Union muss verstärkt auf eigene Themen setzen



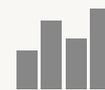
Alexander Dobrindt MdB, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, wird von Carsten Linnemann (r.) und Hans Michelbach (l.), MU-Landesvorsitzender, zur MIT-Kreisvorsitzendenkonferenz in Würzburg begrüßt

Die MIT-Kreisvorsitzenden CDU/CSU (MIT) fordern die Union auf, verstärkt ihre Themen auf die politische Agenda zu setzen. „Die Union muss künftig wieder aktiver mit ihren Themen nach vorne gehen und als gestaltende Kraft in Erscheinung treten“, heißt es in der Resolution „100 Tage Große Koalition aus Sicht des Mittelstands“, die von der Kreisvorsitzendenkonferenz in Würzburg verabschiedet wurde. Darin wird kritisiert, dass aktuell vor allem Projekte der SPD im Fokus stehen, die „ordnungspolitisch falsche Akzente“ setzen. Insbesondere bei der Rente mit 63 und dem Mindestlohn seien Korrekturen notwendig.

Aus Sicht der MIT gehört vor allem das Thema kalte Progression wieder auf die Tagesordnung. Der eingeschlagene Kurs der Haushaltssanierung und die klare Absage an Steuererhöhungen bis 2017 finden die ausdrückliche Zustimmung des Mittelstands. Gleichwohl muss sich die Bundesregierung in die-

sem Punkt ehrlicher machen, denn die kalte Progression sorgt für Steuererhöhungen durch die Hintertür. Der Staat greift den Bürgern klammheimlich in die Taschen. Das muss ein Ende haben!

Bundesminister Alexander Dobrindt mahnte in der Diskussion mit den MIT-Kreisvorsitzenden, dass Wirtschaftspolitik wieder einen höheren Stellenwert bekommen müsse. „Schlüsselbegriffe wie Wettbewerb und Innovation dürfen bei alltäglichen Diskussionen nicht in den Hintergrund geraten“, sagte der Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur und forderte ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. „Deutschland hat die besten Zukunftschancen, wenn wir bereit sind, in diese Innovationsgesellschaft richtig zu investieren“, sagte Dobrindt. Dabei zählt er auf eine starke MIT. Den CDU-Wirtschaftsflügel bezeichnete er als „Ort des wirtschaftspolitischen Verstandes“.



Fakten

Vernetzung mit Wirtschaftsverbänden und ordnungspolitischen Instituten

Auf Initiative der MIT sind zwei neue Gesprächsrunden im politischen Berlin entstanden, welche die Entscheidungsträger aus Politik und Verbänden zusammenbringen und die Vernetzung der einzelnen Akteure vorantreiben sollen. Gemeinsam mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der führenden Wirtschaftsverbände möchte die MIT den Austausch zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen forcieren und den Interessen des Mittelstands künftig mehr Schlagkraft verleihen. In einem zweiten Kreis hat MIT-Chef Carsten Linnemann die bedeutendsten ordnungspolitischen Stiftungen und Institute versammelt. In diesem Zirkel soll die aktuelle Politik aus übergeordneter Perspektive beurteilt werden. Die Institute haben vereinbart, insbesondere bei Fragen der Generationengerechtigkeit eng zusammen zu arbeiten.

Trend zur Akademisierung verschärft Fachkräfteengpass

Die MIT beobachtet mit Sorge den anhaltenden Trend zum Hochschulstudium. Einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) zufolge fehlen künftig vor allem betrieblich ausgebildete Fachkräfte. Grund dafür ist nicht allein der demografische Wandel. Auch der steigende Anteil an Akademikern trägt dazu bei, dass die Fachkräftelücke in einigen Branchen immer größer wird. In Gesundheits- und Sozialberufen sowie den beratenden und instandsetzenden Berufen, wird der Fachkräftemangel besonders spürbar werden. Dabei sind die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für beruflich qualifizierte heute besser als je zuvor: Während in Zukunft auf jeden scheidenden Akademiker rund 1,5 Hochschulabsolventen kommen, ist das Verhältnis bei den beruflich qualifizierten umgekehrt. Die MIT fordert, dass der Akademisierungswahn endlich gestoppt wird.

Bankenabwicklungsfonds: Sonderregelung für Sparkassen und Volksbanken

Die CDU Deutschlands hat sich auf Antrag der MIT dafür ausgesprochen, den europäischen Bankenabwicklungsfonds verursachergerecht auszugestalten. Der Bundesparteitag am 5. April in Berlin beschloss, dass sich die Beiträge der Sparkassen und Volksbanken am Risiko ihres Geschäftsmodells sowie ihrer Systemrelevanz orientieren sollen. „Die Pläne zum europäischen Abwicklungsmechanismus sollen verhindern, dass der Steuerzahler zukünftig für Bankenabwicklungen aufkommen muss. Ebenso wichtig ist aber auch, dass Sparkassen und Volksbanken mit ihren institutionseigenen Sicherungssystemen nicht übermäßig belastet werden“, sagte Markus Pieper MdEP.

Thorsten Alsleben wird MIT-Hauptgeschäftsführer



Thorsten Alsleben

Thorsten Alsleben tritt zum 1. Juni 2014 die Nachfolge von Hans-Dieter Lehnen als MIT-Hauptgeschäftsführer an. Der 42-jährige Jurist und ausgebildete TV-Redakteur ist seit Juni 2010 Hauptstadt-Repräsentant der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum. Zuvor war er fast neun Jahre Hauptstadtkorrespondent des ZDF, dort zuletzt Leiter des Wirtschaftsressorts. Anschließend wechselte er in den Leitungsstab des Bundesarbeitsministeriums. Alsleben studierte Rechtswissenschaften in Bonn und absolvierte eine Redakteursausbildung bei der Deutschen Welle. MIT-Chef Carsten Linnemann freut sich auf die

Zusammenarbeit: „Mit Thorsten Alsleben gewinnt die MIT einen herausragenden Wirtschafts-, Politik- und Kommunikationsexperten, der im politischen Berlin hervorragend vernetzt ist. Gleichzeitig ist er seit mehr als 25 Jahren an der CDU-Basis aktiv. Kurz: Er ist ein Wirtschaftsprofi mit christlich-demokratischer Bodenhaftung.“

Alsleben folgt auf Hans-Dieter Lehnen (68), der in den Ruhestand geht. Lehnen trat 1961 in die CDU ein, von 1984 bis 1996 war er Landesgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland und wurde nach der Fusion der Landesverbände Rheinland und Westfalen Geschäftsführer dieser Vereinigung in Nordrhein-Westfalen, bevor er 1997 zum Hauptgeschäftsführer der MIT berufen wurde. „Hans-Dieter Lehnen hat die MIT über zwei Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet“, sagt MIT-Chef Linnemann. „Für sein

„Linnemann gelang ein kleiner Coup, der im Regierungsviertel Beachtung fand. Er gab bekannt, wer auf den Bald-Ruheständler Lehnen folgt: Thorsten Alsleben“

Berliner Morgenpost, 21. Februar 2014

unermüdeliches Engagement danke ich ihm im Namen des gesamten Bundesvorstands ausdrücklich. In all den Jahren seines Wirkens hat er immer wieder wichtige Debatten angestoßen. Das Eintreten für den Mittelstand war ihm stets ein Herzensanliegen.“

Der Bundesvorstand im Gespräch mit ...



Unions-Fraktionschef Volker Kauder sicherte gegenüber der MIT zu, dass es mit der Union in den nächsten vier Jahren keine Steuererhöhungen geben wird. Es bleibe dabei, dass Beschäftigung und Wachstum weiter im Fokus stehen. Er schloss auch eine Neuverschuldung ab 2015 aus.



CDU-Generalsekretär Peter Tauber lobte, dass sich die MIT verstärkt in die Realpolitik und in die Parlamentsarbeit der Union einbringt. Die Union brauche einen starken Wirtschaftsflügel und ein konstruktives Wechselspiel zwischen Union und MIT.

Pflichtgebühren bei Lebensmittelkontrollen verhindern!

Die MIT lehnt die Einführung von Gebühren für Routinekontrollen in der Lebensmittelüberwachung ab und fordert auf, eine solche Regelung zu verhindern. Sowohl die EU-Kommission als auch einige Bundesländer haben angekündigt, eine Gebührenordnung für Routinekontrollen in der Lebensmittelüberwachung zu erlassen. Danach sollen die Unternehmen für reine Routinekontrollen, das heißt Kontrollen ohne Beanstandungen, Gebühren zahlen. Bisher werden die Routinekontrollen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Es müssen nur diejenigen Betriebe zahlen, bei denen die Kontrolleure Beanstandungen vornehmen.

Gebühren für Routinekontrollen wären nicht an die richtigen Adressaten gerichtet! Bei der Finanzierung von amtlichen Lebensmittelkontrollen handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Nach dem Ordnungsrecht der Länder sind die Ordnungsbehörden verpflichtet, Kontrollen vorzunehmen und auch die anfallenden Kosten zu tragen. Es muss vermieden werden, dass ein Unternehmen eine amtliche Kontrolle bezahlen muss, obwohl keine Beanstandung vorliegt. Die MIT weist darauf hin, dass die Erhebung solcher Gebühren für die Unternehmen eine unzulässige Doppelbelastung darstellen würde. Die Unternehmen haben bereits die Pflicht, Qualitätssicherungssysteme zu installieren und würden durch zusätzliche Gebühren doppelt in Anspruch genommen.



www.facebook.com/MITbund
www.twitter.com/MIT_bund
www.flickr.com/photos/mit-bundesgeschaeftsstelle
www.youtube.com/MITpodcast

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: iStockphoto.com/kparis
sonstige Bilder: brandung.de, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU